Entgelt bezahlt · Pressebuch International 64494

DENTAL TRIBUNE

The World's Dental Newspaper · Austrian Edition

No. 11/2012 · 9. Jahrgang · Wien, 7. November 2012 · Einzelpreis: 3,00 €

HIV/Aids im Fokus

Unsicherheiten im Umgang mit HIV-positiven Patienten finden sich nicht nur im privaten Bereich, sondern auch in der zahnmedizinischen Praxis. Von Mag. rer. nat. Birgit Leichsenring, Wien. ▸ Seite 4f.

Von den Besten der Welt lernen

Die Osteology Stiftung lädt vom 2. bis 4. Mai 2013 zum Internationalen Symposium nach Monaco ein. Neben Praktikern können sich erstmals auch Forschende an zwei Workshops erfreuen. ▸ Seite 9

Freude am Zähneputzen

Mirus Mix bietet bereits seit Jahren Kinderzugabeartikel, darunter auch Kinderzahnbürsten. Diese gibt es in Bär,- Delfin-, Wurm- und Smilieform für mehr Spaß im Badezimmer. ▸ Seite 15

ANZEIGE

Rot-Schwarz sind sich über ELGA einig

Zahnärzte haben noch bis 2022 Zeit. Ärztekammer sieht Kosten problematisch. Von Jürgen Pischel.

© auremar

WIEN/KREMS – Der Ministerrat der rot-schwarzen Koalition, der Gesundheitsausschuss im Parlament in seiner Mehrheit und der Hauptverband der Sozialversicherungsträger fällten gemeinsam in den letzten Wochen das Urteil: „Nun ist genug verhandelt, jetzt muss die elektronische Gesundheitsakte (ELGA) kommen." Für die Ärzte mit den Apotheken – die Patienten auf „freiwilliger Basis" – soll sie 2016 Realität werden, die Zahnärzte haben in ihren Praxen nach heutigem Stand noch bis 2022 Zeit.

Noch in 2013 werden das Zugangsportal, die Widerspruchsstellen für die Patienten sowie eine ELGA-Ombudsstelle errichtet. Ab 2015 müssen öffentliche Spitäler, ab 2017 die Privatkrankenanstalten die Gesundheitsdaten ihrer Patienten speichern.

Bis 2017 sollen 130 Mio. Euro investiert werden. Ab 2018 kommen laufende Kosten von 18 Mio. Euro jährlich auf die Nutzer zu. Für Ärzte, Apotheken und Privatkrankenanstalten ist eine Anschubfinanzierung (15 Mio. Euro) vorgesehen.

Die elektronische Gesundheitsakte soll die Krankengeschichte des Patienten dokumentieren und speichern. Bestimmte Daten werden elektronisch gesammelt und gespeichert, der jeweilige behandelnde Arzt soll sich durch das System ein Bild von den vergangenen Behandlungen machen und seine eigene Behandlung darauf abstimmen können.

Entlassungsbriefe aus dem Spital, Labor- und Radiologiebefunde sowie verschriebene Medikamente werden zunächst gespeichert. Weitere Daten (Notfalldaten, Anamnese, Impfpass, aber auch Patientenverfügungen) sollen folgen. Die Daten bleiben dezentral (etwa in den Spitälern) gespeichert und werden über ELGA zusammengeführt.

Die Ärzte kritisieren die sogenannte „Freiwilligkeit" der Teilnahme der Patienten, die automatisch dabei sind, wenn sie sich nicht schriftlich ausdrücklich abmelden. Besonders problematisch werden die Kosten gesehen. Die Ärztekammer werde ihr „vehementes Eintreten" gegen unnötige Geldverschwendung im Gesundheitswesen für EDV-Projekte konsequent weiterführen, so deren Sprecher.

Doch die Regierung – allen voran die „Schöpfer" von ELGA, Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) und ÖVP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger – geben sich davon unbeeindruckt. „Wir stehen zu diesem Entwurf – und der bleibt auch so", heißt es aus dem Gesundheitsministerium. DT

Zahnbehandlungsphobie

Probanden an Uni Graz für neue Studie gesucht.

GRAZ – Zwei bis vier Prozent der Bevölkerung leiden unter einer extrem ausgeprägten Angst vor Schmerzen oder Kontrollverlust bei einer Zahnbehandlung. Am Institut für Psychologie der Karl-Franzens-Universität Graz werden in einer groß angelegten Studie unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Anne Schienle die Ursachen der Zahnbehandlungsphobie erforscht, um neue Therapiemöglichkeiten entwickeln zu können. Für die Studie suchen die Wissenschafter/-innen betroffene Männer und Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahren. Die Teilnahme besteht aus einer zehnminütigen Online-Vorerhebung. Nach einer telefonischen Kontaktaufnahme und einem einstündigen diagnostischen Gespräch folgt eine zweimalige Magnetresonanztomografie- (MRT-) Untersuchung von je 30 Minuten. Im Rahmen einer „Expertengeleiteten Gruppe" werden außerdem die Grundlagen der Störung und die neuesten Behandlungsmöglichkeiten durch klinische Psychologen/-innen vorgestellt und persönliche Fragen beantwortet. „Die Forschungen sollen zu einem besseren Verständnis der Zahnbehandlungsphobie führen und zur Optimierung psychotherapeutischer Interventionen beitragen, die auf geschlechterspezifische Bedürfnisse der Patienten/-innen zugeschnitten sind", fasst Schienle die Absicht hinter der Studie zusammen. DT

Karl-Franzens-Universität Graz
Institut für Psychologie
Tel.: 0316 380-5125

Europa nimmt sich der Mundgesundheit an

EU-Experten debattierten in Brüssel für eine an der Prävention orientierte Mundgesundheitsstrategie.

BRÜSSEL/BERLIN – Im Rahmen des „Weltmundgesundheitstages" haben im EU-Parlament Experten aus Politik, Kassen und der Zahnärzteschaft versucht, eine europäische Mundgesundheitsstrategie zu definieren. Als oberstes Ziel, einem EU-Report: „The State of Oral Health in Europe" folgend, gelte es, bestehende Unterschiede bei der zahnmedizinischen Versorgung in der EU zu reduzieren. Gefordert wurde, dass sich die EU im Rahmen ihrer allgemeinen Gesundheitspolitik verstärkt der Mundgesundheit annehmen müsse. Die Zahnmedizin solle bei allen präventiven und gesundheitsförderlichen Ansätzen mit in die politischen Planungen einbezogen und es sollen professionsübergreifende Konzepte erarbeitet werden. Fünf Schwerpunktempfehlungen wurden formuliert:

© Horia Bogdan

1. Einbeziehung der Mundgesundheit in allgemeine Gesundheitsstrategien der EU im Sinne des gemeinsamen Risikofaktorenkanons,
2. Reduktion der sozialen und gesundheitlichen Ungleichheit als gesamtgesellschaftliche und länderübergreifende Aufgabe begreifen,
3. Weiterentwicklung des zahnärztlichen Teams zur Vermittlung präventiver und gesundheitsförderlicher Maßnahmen (Stichwort: Akademisierung der Heilhilfsberufe),
4. Förderung der Forschung und Wissenschaft unter anderem in den Bereichen Vorsorgeforschung und Mundgesundheitsförderung, einschließlich gesundheitsökonomischer Aspekte,
5. Verbesserung der oralepidemiologischen Datenqualität, um Vergleichbarkeit und Evaluation zu gewährleisten (einzelne Staaten haben keinerlei epidemiologische Erhebungen, z. B. zu Parodontalerkrankungen).

Für die Sicherung einer effektiveren Vorsorge gegen Zahn- und Munderkrankungen, die auch Auswirkungen auf den gesamten Organismus haben, wurde in Deutschland am 25.9.2012 eine neue Initiative unter Beteiligung von Wissenschaft, Fachverbänden, Politik und Wirtschaft gegründet: Das „Forum Zahn- und Mundgesundheit Deutschland". Der Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Prof. Dr. Dietmar Oesterreich, hat den Vorsitz übernommen. DT